

Hannover, den 15. August 2018

In den Jugendhilfeausschuss
In den Gleichstellungsausschuss

Antrag gemäß § 35 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

„Braucht Hannover ein queeres Jugendzentrum?“

Antrag zu beschließen:

Der Jugendhilfeausschuss führt gemeinsam mit dem Gleichstellungsausschuss eine Anhörung zu dem Thema:

Braucht Hannover ein queeres Jugendzentrum?

durch.

Als Anzuhörende werden eingeladen:

- Claudia Krell oder Kerstin Oldemeier, Autorinnen der einzigen umfassenden Studie zu queeren Jugendlichen in Deutschland
- Sonja Rahn, Projektreferentin nextqueer, Landesjugendring Nds.
- Yascha Hieronimus, Andersraum e. V. Hannover, Schwerpunkt Jugend und Trans*
- ein*e Vertreter*in eines bereits bestehenden queeren Jugendzentrums in einer vergleichbaren Stadt (z. B. München, Düsseldorf, Frankfurt, Karlsruhe oder Köln)

Die Anhörung findet bis 20. Oktober statt.

Begründung:

Queere Themen gewinnen immer mehr an Bedeutung durch eine größer werdende öffentliche Präsenz – der Druck auf LGBTIQ-Jugendliche in ihrer intensiv und wechselhaft erlebten Phase der Identitätsentwicklung steigt hierdurch jedoch. Neben der längeren Phase der Bewusstwerdung steigert auch Diskriminierung den Bedarf an Unterstützung: Das Schaffen von Schutzräumen, Beratung für Jugendliche und Angehörige, Möglichkeiten des Engagements und verschiedener niedrigschwelliger Angebote ist notwendig, fehlt in Hannover aber zurzeit. Ein queeres Jugendzentrum soll diese Lücke schließen.

Ein queeres Jugendzentrum kann auch als notwendige, sinnvolle Vervollständigung eines lebendigen, aufgeschlossenen und vielseitigen Stadtlebens gesehen werden. Steht es damit nicht auch Hannover als Landeshauptstadt und bundesweit in vielerlei Hinsicht bedeutender Stadt gut zu Gesicht?

Zur fachlichen Vertiefung der Notwendigkeiten und Möglichkeiten sollen Fachleute aus einem breiten Spektrum der queeren Jugendarbeit angehört werden. Dies dient auch der Analyse und der Entwicklung eines umfassenden, tragfähigen Konzepts für ein queeres Jugendzentrum.

Die Anhörungsfrist soll sicherstellen, dass die Ergebnisse der Anhörung in die diesjährigen Haushaltsberatungen einfließen können.

Julian Klippert (Fraktionsvorsitzender)